

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 20

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## BRIEF UND ANTWORT

## Zeitbild und Zweitrangigkeiten (zum Leserbrief in Nr. 17/92, S. 15)

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Schon wieder finde ich im «zeitbild» einen Beitrag mit Kritik über jene «Demonstranten für den Frieden», die zwar gegen das «Feindbild Amerika» im Zusammenhang mit dem Golfkrieg protestierten, jetzt aber angesichts eines erbarmungslosen Krieges «in Jugoslawien» nicht demonstrieren (Leserbrief: Verlogene Gesellschaft).

Noch nie habe ich im «zeitbild» eine vergleichende Analyse über die offiziellen westlichen Reaktionen auf die Geschehnisse in China 1989 und das «in Jugoslawien» vor sich gesehene «grösste Verbrechen auf diesem Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg» («NZZ») gelesen.

Immer wieder sind seit 1989 offizielle westliche Delegationen nach China gereist, um die dortige Menschenrechtslage zu analysieren, so im Juli 1991 eine australische und im Dezember 1991 eine schweizerische. Wie viele Delegationen zur Überprüfung der Menschenrechtslage haben die westlichen Staaten in den letzten zwei Jahren nach «Jugoslawien» geschickt? Wann hat die Schweizer Regierung eine offizielle Menschenrechtsdelegation dorthin geschickt? Wann die US-Regierung?

Sind nicht vielleicht die offiziellen westlichen Stellen, also die Regierungen der westlichen Demokratien, die USA eingeschlossen, noch um eine Stufe verlogener als die «verlogene Gesellschaft» der «Demonstranten für den Frieden»?

Ist nicht die Verlogenheit und Doppelmoral der westlichen Regierungen, die im Gegensatz zu den «Demonstranten für den Frieden» über effektive Machtmittel zur Hilfe für die Menschen im Balkan besitzen, weitaus gravierender als die im Grunde doch irrelevante Inaktivität der «Demonstranten für den Frieden»? Versucht das «zeitbild» eine Art von Ablenkungsmanöver, indem es die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Doppelmoral der «Kleinen» (der «Demonstranten für den Frieden») lenkt, damit man die Doppelmoral der «Grossen» (der westlichen liberalen Demokratien einschliesslich der USA) übersehe?

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Prof. Dr. iur. Dr. phil. Harro von Senger

*Sehr geehrter Herr Professor von Senger*

Es schadet uns keineswegs, über die Ausrichtung und Proportionalität der Beiträge nachzudenken, die wir veröffentlichen, und handle es sich — wie im angeführten Fall — um einen Leserbrief.

Indessen meinen Sie nicht jenes Beispiel allein, wenn Sie uns vorwerfen, über das verlogene Tun und Lassen von unerheblichen Minderheiten herzufallen, gleichzeitig aber die weit schlimmeren Verlogenheiten von handlungsfähigen Regierungen auszusparen. Was lässt sich darauf erwidern?

Den Einstieg machen Sie mir leicht, indem Sie Ihr Exempel entsprechend Ihrer Spezialität statuieren. Sie sind Professor für Sinologie, und Sie stellen fest, dass wir noch nie etwas über die unterschiedliche Behandlung Chinas und Jugoslawiens mittels Entsendung oder Nichtentsendung offizieller Menschenrechtsdelegationen geschrieben haben.

Ihre Feststellung, dass die schweizerische Regierung keine Menschenrechtsdelegation nach Jugoslawien entsandt hat, lasse ich gelten, aber die KSZE-Delegation, welche im letzten Winter alle Republiken des ehemaligen Jugoslawiens besucht hat, stand unter schweizerischer Leitung, und ein offizieller EDA-Vertreter gehörte ihr an. Sein Bericht darüber erschien in Nr. 17/92 vom «zeitbild», praktisch also zur gleichen Zeit, als Sie Ihren Brief an uns verfassten.

Das ändert die Voraussetzungen um so viel, aber selbst, wenn dem anders wäre: Für das Messen mit ungleichen Ellen gibt es viele Kriterien, und die Beschickung eines gegebenen Landes mit Menschenrechtsdelegationen ist nur eines unter ihnen.

Chinas Schlag von 1989 zur Restaurierung der Diktatur und das heutige Gemetzel in «Jugoslawien» sind — von der jeweiligen Grössenordnung abgesehen — Menschenrechtsverletzungen von unterschiedlicher Beschaffenheit, und was die vergleichskonforme Reaktion darauf sein müsste, lässt sich schwer eruieren.

Was aber die ungleichgewichtige Behandlung von China speziell durch das «zeitbild» angeht, führt mich meine Gewissensforschung eher in eine andere Richtung, als die von

Ihnen suggerierte. Im Sommer 1989 beherrschte der Umbruch in der damaligen Sowjetunion unser gesamtes Denken und Schreiben so sehr, dass wir uns beim brutalen chinesischen Durchgreifen am 4. Juni auf dem Tiananmen-Platz sozusagen reflexmässig auf die Frage konzentrierten, ob «so etwas» auch in Moskau möglich wäre, und wenn ja, mit welchen Folgen.

Das Präzedenzmotiv behielt auch in der Folge bei uns seinen Vorrang, und um China selbst kümmerten wir uns zu wenig. Das ist der Vorwurf, den wir entgegenzunehmen hätten, und angesichts dieser Sachlage wäre es uns wirklich schlecht angestanden, dem Westen samt der Schweiz vorzuhalten, nur den Chinesen und nicht den Jugoslawen auf die Finger zu klopfen. Da hätten wir gerechterweise eher bemängeln müssen, dass man am Davoser Symposium und offiziell in Bern chinesischen Vertretern die Ehre erwies, während beispielsweise südafrikanische Vertreter auf dem Weg zu Besserung immer noch auf Distanz gehalten wurden.

So viel zur chinabezüglichen Sache, die ein eigenes Nachdenken wert wäre. Indessen unterstellen Sie uns in der Hauptsache eine Schlagseitigkeit anderer Art. Das «zeitbild» habe «schon wieder» die fehlende westliche Reaktion auf die serbische Kriegführung nur bei den irrelevanten Friedensdemonstranten moniert und die verantwortlichen Regierungen ausgespart.

Ich beziehe das «schon wieder» darauf, dass nicht jede Behandlung oder Erwähnung der Friedensbewegung einen Hinweis auf die westlichen Regierungen als ceterum censeo mit einschloss. Aber sonst? Kritik am Verhalten westlicher Staaten hat das «zeitbild» in seiner Jugoslawien-Behandlung in sehr vielen Beiträgen geübt, verfasst von Mitgliedern der Redaktion oder von ständigen Korrespondenten. Seit Frühling 1991 war hier die Forderung zu lesen, die neuen Staaten anzuerkennen und zu schützen. Es trifft zu, dass wir das Fehlen einer kohärenten Jugoslawien-Politik eher den EG-Staaten vorwerfen als den USA oder gar der Schweiz, aber das war sowohl von den Proportionen her gerechtfertigt als auch vom Anspruch her, den jugoslawischen Fall «europäisch» (lies: EG-bestimmt) zu lösen.

Was mich persönlich betrifft, war ich anfänglich die Ausnahme. Ich sah, dass die (im Unterschied zu Slowenien) durchmischte Besiedlung Kroatiens und Bosniens bei der Beanspruchung der Unabhängigkeit dieser beiden Länder viel Unheil versprach, und schrieb mit entsprechender Zurückhaltung. Als dann aber das Unheil so eintraf, dass eine jugoslawisch genannte Armee der Serben nicht als Schlichter, sondern als Partei in die erwarteten Bürgerkriege eingriff, um mit einem kompakten Zerstörungs- und Massakerkrieg das grossserbische fait accompli herzustellen, nahm ich selbstverständlich Stellung für die Opfer gegen die Mörder. Meine Kritik am westlichen Zögern läuft parallel zu meiner Kritik an meinem eigenen vorhergehenden Zögern; zu mehr wäre ich nicht berechtigt.

Nun aber zum Motiv, dass das «zeitbild» ausserhalb jeder vernünftigen Gewichtung auf die Friedensbewegung loshacke, die ohnehin keine reale Macht darstelle. Ich glaube in der Lage zu sein, ein relativ unbefangenes Wort dazu zu sagen.

Meinem persönlichen Geschmack entsprechend habe ich an sich durchaus die Tendenz, aus den von Ihnen angeführten Gründen die tatsächlichen Heuchler der Friedensbewegung dort liegen zu lassen, wohin sie sich aus eigener Kraft begeben haben: im Morast politischer und moralischer Orientierungslosigkeit. Die Geschichte hat sie so gründlich desavouiert, dass ich wenig Lust verspüre, eigene Anmerkungen dazu nachzureichen. In diesem Sinne stösst Ihr Brief bei mir keineswegs auf ein vorgegebenes Unverständnis.

Gleichzeitig indessen hat mich Ihr Schreiben auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, dass ich die moralische Erledigung der Friedensbewegung zu früh als allgemeine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt habe. Sehen Sie, Sie machen zwischen der Doppelmoral von westlichen Regierungen und der Doppelmoral der Friedensbewegung den einzigen Unterschied, dass die eine machtmässig von Belang sei und die andere nicht. Und da, verzeihen Sie, kann ich nun nicht mitziehen.

Der politikeigenen pragmatischen Doppelmoral der einen Seite steht (oder stand?) eine fundamental ge-

wollte Doppelmoral der andern Seite gegenüber. Die sogenannte und gelogen so genannte Friedensbewegung unterstützte die Kriege und den Krieg des Sozialismus, und die historische Niederlage dieser Hilfskriegführung darf uns nicht dazu verleiten, sie zur pittoresken Unerheblichkeit zu verniedlichen.

Regierungen setzen sich aus Politikern zusammen. Sie bringen ihre Laster so gut wie ihre Tugenden mit, und ihr Amt bläht wegen seiner eigenen Wichtigkeit ihre Eigenschaften jeder Art zu unverhältnismässiger Wirkung auf. Kalkül (manchmal auch nicht so gut berechnet), Eitelkeit, Gesichtswahrung und was man will an üblen Dingen mehr können

sich durchaus zu einer regierungstypischen Doppelmoral summieren, die «auf keine Kuhhaut» geht, aber dafür von uns andern wahrscheinlich nicht viel anders erbracht würde, wenn wir in der Haut der Amtsträger steckten. Und dann stimmt es ja auch, dass Politik die Kunst des Möglichen ist, und das Wahrhaftige ist in dieser Welt oft genug das Unmögliche. Sogar Vaclav Havel ist in seiner Grösse, seiner Weisheit und seiner Ehrlichkeit ein Ex-Präsident.

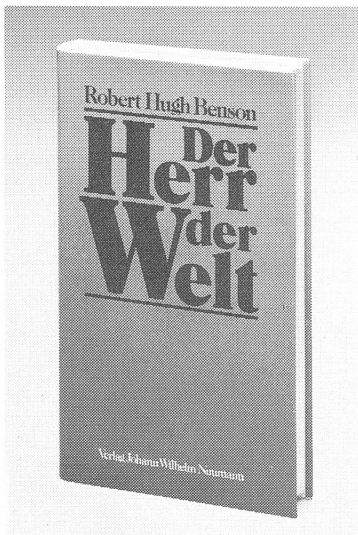
Das Thema ist kaum angerissen und lässt sich auch auf andere Weise behandeln. Was ich hier meine, ist bloss dies: Die Amplifikatoren der Macht bewirken, dass die kleinlich zusammengesetzte Doppelmoral einer Re-

gierung übermässige Auswirkungen hat, und wenn wir die politische Fehlleistung kritisieren, brauchen wir die moralische Verdammung nicht mitzuliefern; die Auseinandersetzung in der Sache tut es normalerweise im Falle von gewählten und abwählbaren Regierungen.

Die Doppelmoral der Friedensbewegung war da ganz einfach von anderer Art. Keine ephemere, karrierebezügliche Sache von Einzelmitgliedern (da lässt sich persönliche Unschuld in beliebigem Ausmass postulieren, wiewohl auch Skepsis nicht verboten bleibt), sondern eine konsequente ideologische Ausrichtung über Jahrzehnte hinweg. Gerade weil die Friedensbewegung ausschliess-

lich als moralische Instanz auftrat, durfte und musste sie in dieser Eigenschaft gewertet werden. Und weil sie im Gegensatz zu ihrem Namen nicht dem Frieden diente, sondern im Schulterchluss mit den sozialistischen Armeen und den von ihnen bewaffneten Kriegsbewegungen ausschliesslich gegen den Kriegsfeind des westlichen Imperialismus ins Feld zog, verdiente sie die moralische Ablehnung ganz und gar. Und verdient sie noch heute – mindestens solange ihre eigene Bewältigung einer durchaus machtrelevanten Vergangenheit nicht stattgefunden hat. *Christian Brügger*

## Europa heute. Ein Humanismus ohne Gott drängt an die Macht. Wo er siegt, wird man dieses Buch verbieten.



Robert Hugh Benson  
„Der Herr der Welt“  
Verlag Johann Wilhelm Naumann,  
Würzburg  
309 Seiten, Fr. 30.90

Der Zukunftsroman, den der Engländer Robert Hugh Benson vor achtzig Jahren schrieb, ist eine Parabel auf unsere Zeit - kühn, spannend und treffsicher zugleich. Über Jahrzehnte war das Buch vergriffen. Jetzt lieferbar in einer neuen Ausgabe, ist es so aktuell wie nie zuvor.

Ein Mann tritt auf und bannt die Gefahr eines Krieges. Was das Christentum nie vermochte, gelingt ihm fast über Nacht:

Er stiftet Frieden zwischen Ost und West. Dann schenkt er den Menschen eine neue Religion - die Liebe zu sich selbst. Emanzipation ersetzt die Moral, Freundlichkeit tritt an die Stelle der Nächstenliebe, Wissen löst den Glauben ab.

Die Kirche hat ausgespielt. In Scharen strömt das Volk dem Friedensbringer zu. Die Verheissung eines Glücks auf Erden war stärker als Gottes Wort.

Dem Tode nahe, schickt ein greiser Papst die letzten Christen noch einmal hinaus in eine Welt, die alles Übernatürliche haßt.

**Dieser entscheidende Kampf beginnt jetzt.**

Im Verlag Johann Wilhelm Naumann erschienen.

### Bestellschein

An den CHRISTIANA-VERLAG  
CH - 8260 Stein am Rhein

Bitte senden Sie mir \_\_\_\_\_ Exemplare

Robert Hugh Benson

„Der Herr der Welt“

à Fr. 30.90 plus Versandkosten

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## RUSSISCHER MEDIENSPIEGEL

### Oberkommando und Generalstab der russischen Streitkräfte

Präsident B. Jelzin unterzeichnete folgende Ernennungen an der Armeespitze:

Oberkommandierender der Landstreitkräfte — Generaloberst Wladimir Semjonow;  
 Oberkommandierender der strategischen Raketentruppen — Generaloberst Igor Sergejew;  
 Oberkommandierender der Luftabwehrtruppen — Generaloberst Viktor Prudnikow;  
 Oberkommandierender der Kriegsmarine — Admiral Felix Gromow;  
 Generalstabchef, 1. Stellvertreter des Verteidigungsministers — Generaloberst Viktor Dubinin (früher Kommand. der Armeegruppe Nord);  
 1. Stellvertreter des Generalstabchefs — Generaloberst Michail Kolesnikow.

(«Krasnaja swesda», 22.8.92)

### Kein Entscheid über strategische Waffen

Der Oberkommandierende der GUS-Streitkräfte, Marschall Jewgenij Schaposchnikow, versammelte die Verteidigungsminister von Russland, Weissrussland, der Ukraine und Kasachstan, um über Fragen der strategischen Streitkräfte zu entscheiden, hauptsächlich über ihre Zusammensetzung und Art der Führung, da es darüber widersprüchliche Meinungen gibt. Die Besprechung verlief erfolglos, weil die Ukraine darauf besteht, dass die Strategischen Streitkräfte auf ihrem Territorium administrativ ihr unterstellt werden sollten.

(«Iswestija», 4.9.92)

### Steile Karriere Skokows

Präsident B. Jelzin ernannte Jurij Skokow zum neuen Generalsekretär des Sicherheitsrates, der eine immer wichtigere Rolle in den Weisungs- und Ausführungsfunktionen der Machtstrukturen Russlands spielt. Seinerzeit war Skokow Stellvertreter des Ministerpräsidenten I. Silajew. Sein grosses Verdienst war die Beilegung der grossen Streikbewegung der

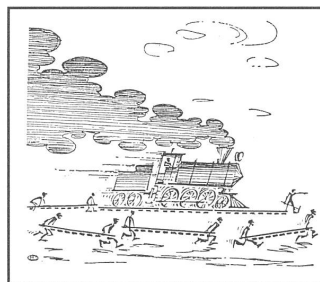
Bergarbeiter in den Nordregionen des Landes. Er war auch Wirtschafts- und Sicherheitsberater Jelzins. In seiner neuen Funktion wird er nicht nur die Ausführung der Beschlüsse des Sicherheitsrates kontrollieren, sondern dabei auch die Tätigkeit der Organe der Exekutivmacht koordinieren.

(«Moskowskie nowosti», 29/92)

### «Antisowjetischer» Beschluss in Burjatien

Die Bezeichnung «Sowjet», die traditionsgemäss in vielen Strukturen Russlands noch weiter besteht, wird jetzt auf lokaler Ebene in der Autonomen Burjatischen Republik abgeschafft. Das Präsidium des Obersten Sowjets (er heisst immer noch so) der Republik Burjatien hat beschlossen, in allen Lokalverwaltungen die Sowjets durch Selbstverwaltungskomitees zu ersetzen. In den weitentlegenen und kleinen Dörfern wird die repräsentative und exekutive Macht durch Dorfälteste ausgeübt.

(«Iswestija», 25.8.92)



### Kein Business für Offiziere

Im Rahmen der Bekämpfung der Korruption in den staatlichen Strukturen hat Russlands Verteidigungsminister P. Gratschow einen Befehl erlassen, wonach den Offizieren jede private Geschäftstätigkeit untersagt ist. Sie dürfen weder den einheimischen noch den ausländischen

Unternehmern bei deren Geschäftstätigkeit behilflich sein oder selbst mitwirken.

(«Krasnaja swesda», 26.8.92)

### Moldova und Aserbaidschan noch nicht in der GUS

Formell sind Moldova und Aserbaidschan noch nicht Mitglieder der GUS, weil ihr Beitritt bis jetzt von den entsprechenden Parlamenten nicht ratifiziert worden ist. Moldovas Präsident M. Snegur erklärte, dass der Beitritt nur unter der Bedingung möglich sei, dass Moldova jederzeit aus der Gemeinschaft austreten könnte. In Aserbaidschan erklärte der Präsident des Obersten Sowjets, Isa Gambarow, dass nach der Absetzung des früheren Präsidenten A. Mutalibow, der zu stark mit den Partokraten in Moskau verbunden war, jetzt auch die Frage der Mitgliedschaft in der GUS anders entschieden werden könnte.

(«Iswestija», 14.8. und 18.8.92)

### Amerikanischer Stützpunkt in Kirgisien?

Im Apparat des Präsidenten Akajew ist eine «Konzeption der Verteidigungszusammenarbeit mit den USA» ausgearbeitet worden. Im Rahmen eines Vertrages mit den USA über gegenseitige Hilfe soll Kirgisien gegen eine mögliche Aggression geschützt werden, und die Anwesenheit eines amerikanischen Stützpunktes «würde Arbeit für viele Tausende Menschen in Kirgisien garantieren sowie jährlich Valutaeinnahmen für die Republik».

(«Iswestija», 14.8.92)

### Wirtschaftsbeziehungen Kasachstans mit Japan

Bei den Verhandlungen zwischen japanischen Unternehmern unter der Leitung von Ex-Premierminister Tosiaki Kaifu und der kasachischen Regierung unter Vize-Präsident Erik Asanbajew wurde in Alma-Ata der «Rat für wirtschaftliche Entwicklung Kasachstans und Japans» gegründet. In Alma-Ata wird eine Handelsvertretung Japans eröffnet, und ver-

schiedene gemeinsame Unternehmen werden gegründet.

(«Iswestija», 28.8.92)

### Grenztruppen wieder beim Sicherheitsdienst

Die früher dem KGB unterstellten Grenztruppen, die nach dem Augustputsch den Streitkräften zugeordnet wurden, sind jetzt gemäss Präsidialdekret dem russischen Sicherheitsministerium unterstellt worden. Der neue Befehlshaber der Grenztruppen (ca. 400 000 Mann) ist Generalleutnant Schljachtin, der gleichzeitig Stellvertreter des Sicherheitsministers, Viktor Barannikow, ist.

(«Moskowskie nowosti», 26/92)

### Hört man jetzt auch die Stimme der Schweiz?

In der Nachrichtensendung des Moskauer Fernsehens kam die Meldung, wonach die durchschnittlichen Abonnementszahlen von Periodika für 1993 nur ein Prozent der entsprechenden Zahlen vom Vorjahr betragen. Als Erklärung dafür wurden die wesentlich höheren Abonnementspreise, aber auch die Tatsache genannt, dass man jetzt wieder vermehrt «die fremden Stimmen» hört. Damit sind die ausländischen Radiosendungen in russischer Sprache gemeint, die früher gestört und verboten wurden. (Es ist zu hoffen, dass jetzt die früheren «diplomatisch-politischen» Überlegungen der schweizerischen Behörden die Einführung der russischen Sendungen, neben englischen, spanischen und arabischen, bei Radio Schweiz International nicht behindern werden. GB)

(TV Moskau, 14.9.92)

(Auswahl und Bearbeitung: Georg Bruderer)